

Bezugsbedingungen.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporture zum Preise von M. 3.90 das Vierteljahr zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 30 Pfennig.

Der jährliche Bezugspreis beträgt M. 15.60.

Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Bezugspreis M. 3.90 (ohne Bestellgeld).

Bei direktem Bezug unter Kreuzband

innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns vierteljährlich M. 4.80,

innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich M. 5.20.

Verzeichnis der in der Redaktion eingelaufenen Druckschriften

Die wichtigsten Schriften werden in der Literarischen Rundschau besprochen.

Bierbaum, Paul Willi, An der schwimmenden Front. Als Neutraler bei der Deutschen Kriegsflotte. Zürich, Rascher & Co. 146 S. Geh. 2 Mk.

Bonn, Prof. Dr. M. J., Amerika als Feind. Die Staaten im Weltkrieg, Heft 1. München, Georg Müller. 107 S.

Bröger, Karl, Soldaten der Erde. Gedichte. Jena, Eugen Diederichs. Geh. 1,80 Mk., geb. 2,60 Mk.

Brühl, Heinrich, Flämische Viederdichtung alter und neuer Zeit. Herausgegeben von der Deutsch-Flämischen Gesellschaft. M.-Glabbach, Volksvereinsverlag S. m. b. H. 237 S. Geh. 4,80 Mk.

Bureau van Statistiek, Statische Mededeelingen Nr. 50 Kleinhandelspreise van Levensbehoefsten (Lebensmittel-Kleinhandelspreise). 11 S. Geh. 30 Pf.

Coster, Charles de, Briefe an Elisa. Leipzig, Inselverlag. 134 S. Pappbd. 4 Mk.

Delphin-Kunstabücher. München, Delphinverlag. Kartoniert 80 Pf.

Menzel, Werke und Dokumente. Ausgewählt und eingeleitet von Emil Waldmann.

Thoma, Der Malerpoet. Ausgewählt und eingeleitet von J. H. Behringer.

Corinth, Ein Maler unserer Zeit. Ausgewählt und eingeleitet von Herbert Gulenberg.

Der Tag der Heimkehr. Soziale Fragen der Übergangswirtschaft. Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, Heft 59. Jena, Gustav Fischer. 103 S. Geh. 2 Mk.

Deutsche Meistererzähler. Minden i. W., J. C. C. Bruns Verlag. 2 Bände. 374 und 492 S. Geh. je 4,50 Mk.

Cheberg, Karl Theodor v., Die Kriegsfinanzen. Kriegskosten, Kriegsschulden, Kriegssteuern. Leipzig, A. Deichert'sche Verlagsbuchhandlung Werner Scholl. 216 S. Geh. 5,50 Mk.

Grabowitsch, Dr. Adolf, und Leutwein, Dr. Paul, Die Zukunft der deutschen Kolonien. Zweites Ergänzungsheft zur Halbmonatsschrift „Das neue Deutschland“. Gotha, Friedrich Andreas Perthes N.-G. 84 S. Geh. 2,40 Mk.

Hertwig, Oskar, Zur Abwehr des ethischen, des sozialen, des politischen Darwinismus. Jena, Gustav Fischer. 119 S. Geh. 4 Mk.

Hoerber, Dr. Karl, Elisabeth Gnauck-Rühne. Ein Bild ihres Lebens und Schaffens. M.-Glabbach, Volksvereinsverlag. 110 S. Geh. 1,60 Mk.

Horn, Hermann, Anna vor der Hochzeit. Novellen. Berlin, Egon Fleischel & Co. 208 S. Geh. 3,50 Mk.

Lau, Dr. Rudolf, Angriffe und Verteidigung. Eine völkerrechtliche Vereinbarung im Dienste der Erhaltung des künftigen Friedens. Sonderabdruck aus der Zeitschrift für Völkerrecht. Breslau, J. U. Kerns Verlag. Geh. 1,50 Mk.

Seitz, Karl, Arbeiter oder Soldaten? (Rede in der Sitzung des Österreichischen Abgeordnetenhauses vom 6. November 1917.) Wien, Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co. 12 S. Geh. 15 Heller.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 21

Ausgegeben am 22. Februar 1918

36. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Kolonialpolitik nach dem Kriege.

Von Gustav Noske, M. d. R.

Die deutsche Sozialdemokratie bekämpft alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, beim Friedensschluß gewaltsam Gebietserwerbungen durchzuführen. Die Forderung, die besetzten französischen und belgischen Gebiete seien herauszugeben, hat jedoch zur selbstverständlichen Voraussetzung, daß Deutschland ebenfalls unverfehrt aus dem Kriege hervorgeht. Das gilt auch für die deutschen Kolonien, die sämtlich von dem Feinde erobert worden sind.

An Ausdehnung übertreffen die deutschen Schutzgebiete die feindlichen Gebiete, die Deutschland als Faustpfand hält, um ein Vielfaches; an Augenblickswert überragen aber Belgien und die besetzten französischen Gebiete Deutschlands Kolonien in einem kaum abzuschätzenden Maße. Der Zukunftswert der Schutzgebiete ist freilich größer als der heutige Wert. Die Zeit ist vorbei, wo die deutschen Kolonien verächtlich als wertlose, Geld und Menschen verschlingende Sumpf-, Sand- und Fiebernester ohne jede Entwicklungsmöglichkeit bezeichnet werden durften. Besonders die drei tropischen Schutzgebiete, Kamerun, Ostafrika und Neuguinea, sind Länder mit beträchtlichen wirtschaftlichen Zukunftsaussichten. Für England hätte der Besitz von Neuguinea, noch mehr aber von Deutschostafrika eine große weltpolitische Bedeutung, die jedoch in dieser Abhandlung außer Betracht bleiben kann.

Das deutsche Schutzgebiet Kiautschou in Ostasien brachten die Japaner durch das Aufgebot einer riesigen militärischen Übermacht in ihren Besitz. Die kleine Kolonie von nur 515 Quadratkilometer Größe mit rund 180 000 chinesischen Einwohnern hatte besonders für Deutschland als Eingangstor zu dem volkreichen, entwicklungsfähigen Hinterland Wert. Der Gedanke an eine Ausdehnung des deutschen Machtbereichs auf die Provinz Schantung, der wenigstens von manchen Kreisen eine Zeitlang gehegt wurde, war aufgegeben worden; Deutschland verfolgte in China nur noch wirtschaftliche Ziele. Die Stadt Tsingtau war allmählich zu einer Musterausstellung der deutschen Industrie, unserer Technik, Forstwirtschaft, Gartenkultur usw. geworden, in der die Chinesen sich reiche Anregung holen konnten. Die kleinen Südseeinseln, die Karolinen, Marianen, Marshallinseln und Samoa hatten mehr militärisch-strategische Bedeutung als wirtschaftlichen Wert. Die Entwicklungsmöglichkeit dieser Inseln ist infolge ihrer geringen räumlichen Ausdehnung eine sehr mäßige. Sie sind jetzt teils in japanischen, teils englisch-australischen Händen. Neuguinea, 179 000 Quadratkilometer groß, hat dagegen erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Es verspricht für die Zukunft eine beträchtliche Ausfuhr von Kopra, Kakao und bietet günstige Aussichten für die Gewinnung einzelner wichtiger Mineralien. Auch das Vorkommen von Petroleum wurde festgestellt. Zur Erforschung der Ergiebigkeit und der

Ausbeutungsmöglichkeit war in den Etat für 1914 der Betrag von 500 000 Mark eingestellt worden. Die Arbeiten haben aber infolge des Kriegsausbruchs nicht in Angriff genommen werden können. Die Australier, die sich dieser Kolonie bemächtigt haben, versichern, daß sie das Land nie wieder hergeben wollen, weil ihnen die deutsche Nachbarschaft unbequem ist. Togo, die kleinste deutsche Afrikakolonie mit 87 200 Quadratkilometern und etwas über 1 Million farbiger Einwohner, ist jetzt von den Franzosen besetzt. Das 835 000 Quadratkilometer große, aber sehr menschenarme Deutschsüdwestafrika eroberte der englisch-südafrikanische Staat, der die dauernde Einverleibung angekündigt hat. Kamerun, 790 000 Quadratkilometer mit mehr als 2½ Millionen Eingeborenen, nahmen sich Franzosen und Engländer. Nach jahrelangen, opferreichen Kämpfen haben kürzlich Engländer, Belgier und Portugiesen die deutsche Schutztruppe aus Deutschostafrika heraus auf portugiesisches Gebiet gedrängt und damit die wertvollste deutsche Kolonie, die 995 000 Quadratkilometer mit ungefähr 8 Millionen Einwohnern umfaßt, vorläufig in englischen Besitz gebracht.

Die Hineintragung des Krieges in die deutschen Kolonien stellt eine der vielen englischen Verletzungen völkerrechtlicher Abmachungen dar. Seit Mitte der achtziger Jahre war es das Bestreben der kolonisierenden europäischen Staaten, etwaige kriegerische Verwicklungen in Europa von den überseeischen Schutzgebieten fernzuhalten. Man ging dabei von der Erwägung aus, daß selbst ein glücklicher Kolonialkrieg für den europäischen Sieger durch Zerstörung des europäischen Nimbus und durch Fanatisierung der Eingeborenen unheilvolle Folgen haben könnte. Durch die Kongo-Akte wurden die afrikanischen Besitzungen deshalb für neutral erklärt.

Deutschland war gegen den erfolgten Angriff auf seine Schutzgebiete nicht gerüstet. Eine weiße Truppe stand nur in Deutschsüdwestafrika, doch war nach der Niederwerfung des Herero- und Hottentottenaufstandes die Schutztruppe nach und nach beträchtlich vermindert worden. Anfang 1914 zählte sie nur noch etwa 2000 Mann. Eingehende Erörterungen mit dem Landesrat waren darüber im Gange, die Kopfszahl weiter zu vermindern. Im Reichstag bestand starke Neigung, die Schutztruppe, die nur noch polizeiliche Aufgaben gegenüber den Eingeborenen hatte, in aller Form in die bestehende weiße Polizeitruppe aufgehen zu lassen. Die Schutztruppe in Südwest genügte, wie sich gezeigt hat, nicht einmal zu einer ernstlichen Verteidigung des Gebiets, trotzdem sie durch die Reservisten und Landwehrleute verstärkt wurde. Gänzlich ausgeschlossen war eine ernsthafte Bedrohung der angrenzenden englischen Gebiete. In den übrigen deutschen Schutzgebieten gab es nur farbige Truppen. Auf Samoa, in Neuguinea und in Togo genügte eine Polizeimannschaft unter Führung von Weißen. In Ostafrika und Kamerun standen farbige Schutztruppen von je einigen tausend Mann, die aber nie als Kampftruppen jenseits der Grenze gedacht waren, sondern lediglich der Aufrechterhaltung der Ruhe im Lande zu dienen hatten.

Englische Minister und Staatsmänner haben wiederholt sehr bestimmt erklärt, es müsse als ausgeschlossen gelten, daß Deutschland seine Kolonien jemals zurückgegeben würden. An dem Willen zu solchem Raube kann kein Zweifel bestehen. Der Beweggrund dazu ist außer in weltpolitischen Bestrebungen in dem Bemühen zu sehen, die gefürchtete deutsche Konkurrenz zu vernichten und die deutsche Wirtschaft bei dem Bezug von Rohstoffen

aller Art in möglichst weite Abhängigkeit von England zu bringen. Deshalb wurden auch in den genannten Kolonien die deutschen Geschäfte nach der Besetzung in der rigorosesten Weise durch die Engländer zugrunde gerichtet. Als englisches Kriegsziel forderte der frühere Gouverneur von Britischostafrika, Sir Harry Johnston, daß Deutschland gänzlich aus Afrika ausgeschlossen werde. Gehe es nicht mit Gewalt, dann durch den Ankauf der deutschen Gebiete. Deutschland dürfe künftig in keinem dieser großen produzierenden oder kaufenden Länder Handel treiben ohne Einwilligung der Verbündeten.

Bis in die neueste Zeit hinein sind nur wenige Stimmen in England laut geworden, die gegen solche Pläne Protest erhoben. Die englischen Arbeiter haben sich auf ihrer letzten Tagung zwar gegen englische Eroberungen in Asien und Afrika ausgesprochen; doch geschah das nur in bedingtem Sinne. Es wurde keineswegs jede Gebietserwerbung rundweg verworfen, sondern nur insoweit, als sie ausgesprochen kapitalistischen oder imperialistischen Charakter trage. Aus Gründen der Humanität kann hingegen nach der Ansicht der englischen Arbeiterführer die Landkarte in Afrika und Asien beträchtliche Veränderungen vertragen, und die Machthaber in England würden es kaum an dem nötigen Quantum heuchlerischer Phrasen fehlen lassen, um das Gewissen der Arbeiterführer zu beschwichtigen, von denen viele nur zu leicht geneigt sind, alles, was England nützt, als richtig anzusehen. Die englischen Staatsmänner, die sich für die Besitzergreifung der deutschen Kolonien aussprachen und die Plünderung der Türkei um ihre wichtigsten und zukunftsreichsten Gebiete als geboten befürworteten, haben denn dafür auch nicht imperialistische und kapitalistische Interessen angeführt, sondern Gründe der Humanität geltend gemacht. Der englische Minister Lord Robert Cecil hat beispielsweise in bezug auf die deutschen Kolonien geäußert: »Und wenn wir in irgendeinem Grade erfolgreich sind, würde ich mit Schauern den Gedanken fassen, Eingeborene zurückzuerstatten, die von einer derartigen Regierung befreit worden sind.«

Es liegt kein Anlaß dazu vor, zu beschönigen, daß in den Anfängen der deutschen Kolonialpolitik an den Eingeborenen gesündigt worden ist. Manche Fehler und Mängel sind von den Wortführern der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag Jahr für Jahr scharf kritisiert worden. Glücklicherweise mit beträchtlichem Erfolg. Die Verwaltung der Kolonien ist allmählich besser geworden. Man hat gelernt, einzusehen, daß die Förderung der eingeborenen Bevölkerung die Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung der Schutzgebiete ist. Weil im englischen Unterhaus von Deutschostafrika gesprochen worden ist, seien einige Tatsachen dafür angeführt, wie dort mit der Zeit die Eingeborenenfürsorge die wichtigste Aufgabe der deutschen Verwaltung wurde. Die fürchterlichen Sklavenjagden haben aufgehört. Bis zur Etablierung der deutschen Herrschaft gehörte es zum Brauche der einheimischen Wahehe, Masiti (Wangoni) und Wagwangwara, alljährlich nach der Ernte Kriegszüge zu unternehmen, die neben der Erbeutung von Vieh auch der Erlangung von Sklaven dienten und den Charakter systematischer Sklavenjagden trugen. Ferner sind zur Bekämpfung von Krankheiten und Seuchen in den letzten Jahren beträchtliche Summen aufgewendet worden. Im Jahre 1912 hatte die Verwaltung in Deutschostafrika 47 Lepradörfer mit 3819 leprösen Insassen angelegt, die ärztlicher Kontrolle unterstanden. Die

Impfung aller Eingeborenen gegen Pocken war nahezu durchgeführt. Im Jahre 1910 wurden fast 900 000 Menschen, im Jahre 1911 über 800 000 Eingeborene geimpft. Größere Pockenepidemien, die früher viele Opfer wegrafften, sind in den letzten Jahren dadurch verhütet worden. Auch die früheren Verheerungen durch die Pest sind durch energische Gegenmaßnahmen wie Isolierung der Kranken, sorgfältige Bestattung der Pestleichen, Niederbrennen der Hütten, in denen Erkrankungen vorgekommen waren, gesundheitspolizeiliche Überwachung des Verkehrs und systematische Rattenbekämpfung so weit eingedämmt worden, daß größere wirtschaftliche Schädigungen unterblieben. Die außerordentlich weitverbreiteten Geschlechtskrankheiten, eine der wesentlichen Ursachen der geringen Geburtenziffern, wurden energisch bekämpft. Beträchtliche Mittel wurden zur Überwindung der fürchterlichen Schlafkrankheit aufgewendet. Die Summe, die von 1909 bis 1913 in den deutschen Kolonien für Sanitätszwecke verwendet worden ist, beträgt nach einer Berechnung des Staatssekretärs Dr. Solf 26 Millionen Mark. In Deutschostafrika bestanden im Jahre 1913 für Eingeborene 99 Regierungsschulen mit 6100 Schülern und 1832 Missionschulen mit rund 100 000 Schülern. Eine ganze Anzahl Straßen sind gebaut, 1660 Kilometer Eisenbahnen vollendet und weitere große Bauten geplant.

Auch die Sozialdemokratie muß die Herausgabe der deutschen Kolonien durch die Feinde fordern — nicht zum Zwecke der Förderung kapitalistischer Profite, sondern weil die Rücksichtnahme auf die Interessen der Arbeiterschaft es gebietet. Zur Unterbringung eines Überschusses an Bevölkerung kann allerdings Deutschland voraussichtlich seine Kolonien nicht benutzen. Was wir an Kolonien vor dem Kriege besaßen sowie jene Gebiete, die im günstigsten Falle beim Friedensschluß neu zu gewinnen wären, kommen als Siedlungsgebiete für Massen niemals in Betracht. Deutschland gab überdies schon lange vor dem Kriege keine Auswanderer mehr in nennenswerter Zahl an das Ausland ab, sondern konnte seine wachsende Wirtschaft nur mit Hilfe einer ständig zunehmenden Zahl von fremden Arbeitern aufrechterhalten. Vor dem Kriege war fast eine Million ausländischer Arbeiter in Deutschland beschäftigt. Daß nach dem Kriege der Zustrom so stark bleiben wird, ist angesichts der großen Menschenverluste, die Italien, Rußland und Österreich-Ungarn im Kriege erlitten haben, recht zweifelhaft. Überdies hat Deutschland selbst infolge der Kriegsverluste einen großen Ausfall an Arbeitskräften. Auf 2 Millionen leistungsfähiger Männer wird man die Einbuße an Männern auf dem deutschen Arbeitsmarkt wohl schätzen können. Gestalten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bald wieder einigermaßen normal, dann wird voraussichtlich kein Überfluß, sondern ein großer Bedarf an Arbeitskräften in Deutschland hervortreten. Nur wenn der Wirtschaftskampf nach dem Kriege fortgesetzt, die Ausfuhr deutscher Industriewaren boykottiert oder die Zufuhr von Rohstoffen nach Deutschland unterbunden wird, könnte in Deutschland Arbeitslosigkeit eintreten und die Not größere Volksmassen außer Landes treiben.

Wohl aber könnte der Verlust aller Kolonien die deutsche Wirtschaft unter Umständen nach dem Friedensschluß in volle Abhängigkeit bei dem Bezug wichtigster Rohstoffe von den Großmächten bringen, in deren Besitz sich die Tropenländer befinden. Ein mitteleuropäischer Wirtschaftsbund (mit

Einschluß des Balkans und der Türkei) oder ein wirtschaftliches Abkommen mit den Ländern an der Ostgrenze wird uns niemals die tropischen Nahrungs- und Genussmittel liefern können, die wir nötig haben; denn die Freiheit des Handels mit fremden Kolonien wird nach dem Kriege unter allen Umständen eine beschränkte sein. Auf manchen Gebieten ist sie von vornherein so gut wie ausgeschlossen. Die großen Aufträge für die Eisenbahnbauten, die in Afrika voraussichtlich nach dem Kriege eine mächtige Förderung erfahren werden, weil die Erschließung des Landes die Voraussetzung für seine rasche wirtschaftliche Entwicklung ist, werden fast ausnahmslos den Industrien der Mutterländer zufallen. Und Beschränkungen der Küstenschifffahrt, die leicht durchzuführen sind, sowie andere Maßnahmen, gegen die kaum mit Aussicht auf Erfolg anzukämpfen ist, werden gleichfalls den deutschen Handel in eine Position bringen, die ihn zum Unterliegen in dem Konkurrenzkampf mit den bevorzugten Angehörigen des Staates verurteilt, der die Herrschaft ausübt.

Deutschlands Bedarf an tropischen Produkten ist ein riesiger. Wir brauchten im Jahre 1913 für rund 656 Millionen Mark Ölfrüchte, 607 Millionen Mark Baumwolle, 421 Millionen Mark Häute und Gerbstoffe, 335 Millionen Mark Rohkupfer, 220 Millionen Mark Kaffee, 166 Millionen Mark Faserstoffe, 137 Millionen Mark Kautschuk und Guttapercha, 130 Millionen Mark Tabak, 104 Millionen Mark Reis und für 67 Millionen Mark Kakao. Von Gewürzen und anderen Dingen zu schweigen.

Die Ausfuhrzahlen der deutschen Kolonien waren bisher nicht groß genug, um einen merkbaren Einfluß auf die Marktlage auszuüben. Aber sie zeigten doch eine ansehnliche Aufwärtsbewegung, die gerade in den letzten Jahren vor dem Kriege vor sich gegangen ist. Die deutsche koloniale Produktion war in das Stadium getreten, in welchem sie Erträge in sichere Aussicht stellte. Nach der letzten Aufstellung betrug der gesamte Handel aller deutschen Kolonien in der Zeit vom April 1912 bis April 1913 insgesamt 263 Millionen Mark. Daran hatte Deutschland einen Anteil von 173,4 Millionen Mark gleich 65,79 Prozent. Gegenüber dem deutschen Gesamthandel freilich nur eine geringe Ziffer; doch war sie nicht mehr völlig nebensächlich. Mit der Entwicklung der Kolonien, die nach der Vollendung der großen Bahnbauten bestimmt erfolgt wäre, würden die Handelsziffern eine rasche, beträchtliche Steigerung erfahren haben. Wohl besteht keine Aussicht, daß es in absehbarer Zeit gelingen könnte, den deutschen Bedarf an tropischen Erzeugnissen in eigenen Kolonien zu erzeugen; doch muß das Streben darauf gerichtet sein, einen möglichst erheblichen Teil des Bedarfs aus eigenen Produktionsgebieten zu erhalten, so daß unsere Wirtschaft bei der Preisbestimmung nicht von vornherein ausscheidet.

Auch als Ausnahmegebiet für deutsche Industrieprodukte können uns die Kolonien nicht gleichgültig sein. Es wäre sehr irrig, wenn man die jetzige Bedürfnislosigkeit des größten Teiles der Einwohner Innerafrikas als Argument dafür anföhren wollte, daß auch in Zukunft hochwertige Erzeugnisse unserer Industrie nur in ganz geringen Mengen bei ihnen Absatz finden können. Mit steigenden Einnahmen wird auch der Bedarf der Eingeborenen an Kulturzeugnissen zunehmen.

Die Ausgaben, die für die Kolonien zu tragen waren, hatten in den letzten Jahren vor dem Kriege nur noch eine geringe Bedeutung für den Gesamthaushalt des Reiches. Samoa und die Südseeinseln erforderten seit

Jahren keinen direkten Zuschuß aus Reichsmitteln mehr. Ohne Zuschuß des Reiches deckte auch Togo seine gesamten Verwaltungskosten selbst. Für Neu-guinea waren für das Jahr 1914 in den Etat 1 717 022 Mark eingestellt worden gegen 1 327 267 Mark im Jahre 1913. Man wollte gerade damit beginnen, dieses bisher nur kümmerlich bedachte zukunftsvolle Land etwas mehr zu fördern. Für Ostafrika sah der Etat einen Reichszuschuß vor von 3 300 000 Mark, für Kamerun von 3 166 318 Mark. Bei normaler friedlicher Entwicklung war daher damit zu rechnen, daß in einigen Jahren auch diese Schutzgebiete ihre Verwaltungskosten selbst decken konnten. Die eigentliche Zivilverwaltung wurde bereits durch die eigenen Einnahmen gedeckt. Die Zuschüsse waren für die Kosten der Schutztruppe bestimmt.

Staatssekretär Dr. Solf hat vollkommen zutreffend in seiner Rede in der Berliner Philharmonie am 21. Dezember 1917 darauf hingewiesen, daß Afrika in der Entwicklung des Erdkreises eine Rolle von rasch wachsender Bedeutung spielen wird. Der steigende Bedarf an Rohmaterialien, bald auch die Sorge um den Absatz von Fabrikaten werden zu einem verstärkten Wettbewerb bei der Erschließung der Hilfsquellen dieses Erdteils führen. Deutschland muß deshalb darauf Bedacht nehmen, daß es dabei nicht ausgeschlossen wird.

Von gewissen Kreisen in England ist eine vollständige Internationalisierung der Kolonien mit gemeinsamer Verwaltung der europäischen Schutzstaaten vorgeschlagen worden. Die Idee dürfte manchem internationalen Sozialisten recht verlockend erscheinen. Daß sie nicht leicht verwirklicht werden kann, ist sicher. Es würde schon schwer fallen, die Staaten zu einer Verständigung über die tropischen Gebiete Afrikas zu bringen. Damit wäre aber das kolonialpolitische Problem noch lange nicht erfasst; die Südsee und die großen asiatischen Kolonialländer, über die eine Verständigung noch viel schwerer möglich scheint, blieben unberücksichtigt.

Staatssekretär Dr. Solf erstrebt mehr als eine Wiederherstellung des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika. Er wies darauf hin, daß die gegenwärtige Verteilung Afrikas unter die europäischen Kolonialstaaten das Produkt einer relativ jungen Entwicklung ist, in der neben antiquierten Herrschaftsansprüchen mehr oder weniger zufällige Ereignisse die entscheidenden Faktoren gewesen sind. Einzelne unternehmungslustige Männer vermochten durch den Abschluß von manchmal recht ansehnlichen Verträgen mit eingeborenen Machthabern ihren Heimatstaaten einen Vorsprung im Wettlauf um den Besitz afrikanischer Gebiete zu sichern. Durch solche Vertragsabschlüsse wurde der Grund zu den deutschen Kolonien Südwest, Ostafrika, Togo und Kamerun gelegt. So beträchtlich die Ausdehnung dieser Schutzgebiete ist, haben doch andere Staaten Besitztitel auf Gebiete, die bis zum Achtzigfachen des Mutterlandes gehen. Das gilt zum Beispiel für Belgien, Frankreich und Portugal. Solf will daher ein neues Afrika aus dem Friedensvertrag hervorgehen lassen. Er betonte, wer einen dauernden Frieden anstrebe, könne die Aufrechterhaltung der heutigen Besitzverteilung in Afrika nicht wollen, weil sie in keiner Weise weder dem kolonialisatorischen Können noch dem Kräfteverhältnis der beteiligten Nationen entspreche. Wir lehnen diesen Gedanken ab, wenn daraus die Gefahr eines künftigen Krieges entsteht; die Masse des deutschen Volkes würde wegen der Ausdehnung des Kolonialbesitzes gewiß nicht kämpfen wollen.

Der Staatssekretär des Kolonialamts wünscht auch nicht mit dem Schwert in der Hand die Neuregelung in Afrika zu erzwingen. Er erhofft sie von der Verständigung der beteiligten europäischen Staaten. Nicht eine Neuverteilung allein sei zu erstreben, sondern für den ganzen Erdteil oder wenigstens für die tropischen Gebiete sei ein Vertragssystem zu schaffen, das die gemeinschaftliche Arbeit der Staaten regelt. Solf hat gegen eine Entwicklung nichts einzuwenden, die dazu führt, daß die in ein solches Vertragssystem einbezogenen Gebiete allmählich den Charakter einer gemeinschaftlichen Kolonie der europäischen Staaten annehmen, in der die Besitzer der Einzelgebiete zu Treuhändern der Gesamtorganisation werden.

Mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker kann man, wie zugegeben ist, das afrikanische Problem nicht lösen. Vielleicht ließe sich in Marokko, Algier, Tunis, Ägypten eine Willenskundgebung der Völker herbeiführen; in Zentralafrika sind aber nur in einigen Gebieten Völkerschaften über die Stammesorganisation hinaus zur Bildung eines Staatswesens von größerem Umfang unter Leitung eines Fürsten gelangt. Erst die europäischen kolonisierenden Staaten haben den häufigen, volksverwüstenden Stammesfehden ein Ende gemacht und für einen allgemeinen Landfrieden gesorgt. Verschwunden sind jedoch die zum Teil jahrhundertalten Gegenseite zwischen den eingeborenen Völkern und Stämmen nicht. Wer die Räumung der Schutzgebiete fordert und den Eingeborenen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker die Regulierung ihrer Zukunft überlassen will, setzt sich für die Schaffung eines Chaos ein.

Eine internationale Verständigung über die wichtigsten Kolonialfragen ist bei allseitigem gutem Willen durchaus möglich; waren doch schon vor dem Kriege mancherlei Abkommen getroffen worden, zum Beispiel bezüglich des Waffenhandels, der Schnapseeinfuhr, der Bekämpfung der Schlafkrankheit usw. Dr. Solf möchte vor allem das wichtigste afrikanische Problem, die Erhaltung und Förderung der Eingeborenen, zum Gegenstand internationaler Übereinkunft gemacht sehen. Er wagt es endlich, rückhaltlos den Herrenmenschenstandpunkt gegenüber den Eingeborenen preiszugeben und sich zu Ansichten zu bekennen, die von den Sozialisten schon von jeher verfochten worden sind. Solf hält weitestgehende Schutzbestimmungen für die erste Zeit nach Beendigung des Krieges für besonders dringend geboten. Das erschöpfte Europa werde einen gewaltigen Hunger nach den Produkten der Tropen haben. Und diese Notlage werde für gewisse Interessentengruppen eine große Versuchung sein, ohne Rücksicht auf das Gedeihen und die Wohlfahrt der afrikanischen Stämme, ohne Schonung des afrikanischen Bodens und seiner wichtigsten Bestände Raubbau zu treiben. Eine gewissenlose Ausbeuterpolitik könnte sich zwei Opfer suchen: einmal die natürlichen Schätze des Landes, sodann seine Menschenkraft. Was in dieser Hinsicht gesündigt werden kann, hat die Menschheit schauernd an den Kongogreueln unter der Herrschaft des Belgierkönigs Leopold erlebt.

Es sind zwar zumeist egoistische Motive, wenn die kolonisierenden Staaten für Schulen und Gesundheitswesen in den Kolonien größere Mittel aufwenden; aber aus purer Menschenliebe haben die herrschenden Schichten auch in Europa nicht das Schulwesen ausgebaut. Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, der Ausbau der Sozialreform sollen Menschen für die Arbeit erhalten. Trotzdem kann uns Sozialdemokraten auf diesen Gebieten

nicht genug geschehen, weil jede Verbesserung der Sozialpolitik die Arbeiterschaft rüstiger macht. Das gleiche gilt von den Eingeborenen der Schutzgebiete. Deshalb haben wir im Reichstag vielfach auf eine Erhöhung der Ausgaben für Schulen und Gesundheitsdienst in den Kolonien gedrängt. In Zukunft werden wir noch mehr für solche Kulturarbeit eintreten müssen.

Welche Entwicklung die Kolonialfragen nehmen, hängt vom Friedensschluß ab. So viel steht aber fest, daß die Sozialdemokratie sich einer argen Unterlassungssünde schuldig machen würde, wenn sie nicht allen Kolonialproblemen volle Aufmerksamkeit schenken und an ihrer Lösung mitarbeiten wollte.

Politik und Wirtschaft in Spanien.

Von Ferdinand Moos.

Die zu uns gelangenden Nachrichten aus Spanien melden wirtschaftliche Nöte, politische Bewegungen, Unruhen im Heere und unter der arbeitenden Bevölkerung der Industriegegenden. Genaue Angaben fehlen jedoch. Über dem Ganzen breitet sich ein verhüllender Schleier aus. Post und Telegraph von der Iberischen Halbinsel stehen unter der Kontrolle französischer und englischer Nachrichtenbeamten, die nur das zu uns gelangen lassen, was ihnen gefällt.

Wie diese Nachrichten besagen, sind die Neuwahlen für die Cortes auf den Monat Februar angesetzt, und Garcia Prieto bleibt einstweilen an der Spitze der Regierung. In Barcelona, Malaga und anderen Orten sind wiederum Unruhen ausgebrochen, denen als besonders beunruhigendes Moment die erneute Tätigkeit der Heeresausschüsse an die Seite tritt. Die letzterwähnte Meldung verdient die größte Beachtung. Das Heer ist in Spanien der Eckstein, der Tragspfeiler der Staatsordnung. Das Buch des Generals de Torcy über das spanische Heer begründet ausführlich diese Anschauung. An allen politischen Entwicklungen war das Heer beteiligt. Die Generale O'Donnell, Espartero, Prim, Serrano und die große Zahl der anderen, die ihren Degen in die Wagschale geworfen haben, sind Zeugen dieser Tatsache. Ihr entspricht die Bedeutung, welche die höheren Offiziere auf der Liste der Staatspensionen einnehmen. Nach dem Kriege mit den Vereinigten Staaten gab es 499 Generale, 578 Obersten und 23 000 niedrigere Offiziere, welche nicht weniger als 60 Prozent der jährlichen Heeresausgaben im Budget erforderten: 80 Millionen Peseta für die Generale, 45 Millionen für die Truppe und 13 Millionen für das Kriegsmaterial. Als vor einigen Jahren die Altersgrenze für die Generale von 63 auf 64 Jahre, für die Obersten von 65 auf 62 Jahre herabgesetzt werden sollte, ging der Widerstand gegen die Maßregel von den Generalen Weyler und Polavieja aus. Die weltausgreifenden Reformpläne, die General Lucque im Jahre 1906 vortrug, fanden fast nur bei den Republikanern Unterstützung. Von den Konservativen und einem Teil der Liberalen wurden sie bekämpft, ihnen schloß sich der Republikaner Soriano an, der mit dem Vorschlag zur Schaffung eines Milizheeres von 200 000 Mann auftrat.

Seit der Wiederherstellung der Bourbonen kam es zum ersten Male im Winter 1905 zum Konflikt zwischen den Militär- und den Zivilgewalten. Einige Zeitungen in Barcelona hatten durch scharfe Sprache über Ange-

legenheiten des Heeres das Mißfallen der Offiziere erregt. Sie forderten von der Regierung, daß solche Angriffe von den Kriegsgerichten abgeurteilt werden sollen. Dem widersprach der Ministerpräsident Montero Rios, der deshalb seinen Platz an Moret abtreten mußte. Garcia Prieto, in jenen Tagen Kriegsminister, suchte einen Ausweg und schlug vor, daß Angriffe auf das Heer mit schärferen Strafen als bisher belegt werden, aber den Zivilgerichten überlassen bleiben sollten. Als darauf General Lucque seine Demission in Aussicht stellte, trat Garcia Prieto vom Amte zurück. Man fand schließlich folgende Lösung des Konflikts: Angriffe auf das Heer werden an die Kriegsgerichte verwiesen, aber Angriffe auf den Staat bleiben den Zivilgerichten überlassen. Dieses Abkommen wurde von den Cortes gutgeheißen, jedoch in Abwesenheit der Karlisten, Katalonier und Republikaner. Das System ist seitdem von allen Regierungen beobachtet worden. Die den Angriffen auf das Heer winkenden Strafen sind sehr hart.

Trotz dieser Begünstigung des Heeres nistete sich wachsende Unzufriedenheit in seinen Reihen ein. Die Ursachen sind mangelhafte Beförderung, Nepotismus, unzureichender Sold und eine daraus sich ergebende schwierige soziale Lage der Offiziere. Der Monatssold eines Infanteriehauptmanns beträgt zum Beispiel, Abzüge eingerechnet, 235 Peseta. Demgegenüber steht nach militärischen Angaben eine Ausgabe von mindestens 292 Peseta, die wie folgt berechnet wird: Miete 50 Peseta, Dienstpersonal 12,50, Heizung 14, Wäsche, Seife usw. 11, Schuhzeug 12, Bücher und Papier 20, Beleuchtung 8 Peseta, zusammen 127,50 Peseta. Ferner für Frühstück, Mittag- und Abendessen monatlich 164,50 Peseta.

Diese Zustände haben, wie es scheint, einen Teil der Chargen auf Wege gedrängt, welche abseits der Regierungspolitik liegen. Es war schon seit geraumer Zeit bekannt, daß sich Militärausschüsse (Juntas) bei allen Waffen und in allen Garnisonen gebildet hatten, deren Leitung beim Zentralausschuß (Junta Central) in Barcelona lag. Im vergangenen Sommer trat diese an die Regierung mit der Forderung heran, daß die Klagen des Heeres gehört und die Ursachen abgestellt werden. Die Zeit des Harrens sei vorüber. Gleichzeitig wurde eine Adresse an den König angekündigt.

Der Generalkapitän in Barcelona ließ die wortführenden Offiziere auf die Festung Montjuich bringen; aber der Eindruck des Vorfalls war in Madrid so tief, daß die Offiziere in Freiheit gesetzt und der Generalkapitän abberufen werden mußten. Es kam zu einem Kompromiß, von dessen Einzelheiten die Öffentlichkeit wenig erfuhr. Die Militärausschüsse wurden zwar als ungesetzlich und disziplinwidrig bezeichnet, aber sie wurden de facto geduldet. Da die Abhilfe im wesentlichen auf eine Reform des Offizierkorps und auf eine Budgetforderung hinauslief, handelte es sich darum, Zeit zu gewinnen.

In den folgenden Monaten traten, zum Teil durch die Kriegspropaganda der Entente geschürt, Streiks und Unruhen auf, die zunächst die Eisenbahn- und Bergarbeiter auf den Plan riefen. Die Bewegung war im ersten Stadium von einer starken politischen Erregung begleitet, die ihren Ausdruck in einer großen Versammlung der sozialistischen und republikanischen Führer in Madrid fand. Die Regierung schritt mit Verboten, Zensur, Aufhebung der Verfassungsparagraphen und Militär ein. In der Hauptsache war es auf eine Demonstration gegen die Politik der Regierung auf dem Gebiet der Ernäh-